

Wahlkampf beflügelt. Denn hier werden die Perspektiven der Entwicklung der Gesellschaft auch für die DDR und ganz Deutschland sichtbar, und mit unseren Wahlen gehen wir einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung dieser Perspektive.

Indem die Wahlen die Kenntnis des gesetzmäßigen Entwicklungsprozesses in Deutschland vertiefen, der über die Stärkung der sozialistischen DDR zur Bändigung der überlebten Kräfte des Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland und zur nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat führt, stärken sie die Kraft des Volkes, befähigen sie die Volksmassen, selbständiger, aktiver ihre ureigensten Lebensinteressen unter der bewährten Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei durchzusetzen.

Es erweist sich demnach, daß die Werktätigen der DDR durch die Wahlen befähigt werden, ihr Selbstbestimmungsrecht immer wirksamer auszuüben. Daher sind unsere Wahlen Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Aktion.

Gerade unser gegenwärtiger Wahlkampf veranschaulicht diesen neuen Charakter unserer Wahlen besser als je zuvor. Was steht in seinem Mittelpunkt?

1. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus hat Deutschland mit unaufhaltbarer Kraft erfaßt. Unsere Republik verkörpert diesen Übergang sichtbar vor der ganzen Welt. Der deutsche Militarismus aber, der das deutsche Volk in zwei Weltkriege stürzte, nützt die Reste des Krieges und das Fehlen eines Friedens Vertrages aus, um einen neuen Weltkrieg vorzubereiten und sich so mit Aggression nach außen und Terror nach innen der Entwicklung in Deutschland entgegenzustellen. „Deswegen stellen wir an die Spitze unseres Wahlkampfes die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte, neutrale Freie Stadt, um in ganz Deutschland Bedingungen zu schaffen, die die revanchistische Politik des deutschen Militarismus bändigen als Voraussetzung für ein einiges, friedliebendes und demokratisches Deutschland.“¹

2. Dieses Ziel vermögen wir nur zu erreichen, wenn die DDR als Bollwerk des Friedens gegen den Militarismus und die Gefahr eines neuen Krieges stark gemacht wird. Deswegen muß im Wahlkampf die DDR durch gute Taten in der Produktion und die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft gefestigt werden. Dazu gehört, unsere Volkswirtschaft gegen

* alle Störversuche der Bonner Ultras zu sichern und jegliche Provokationen abzuwehren. Es lohnt sich, tiefer zu durchdenken, welche Beziehung diese beiden Aufgaben zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes haben.

Der konkrete Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes für das deutsche Volk besteht heute vor allem darin, einen Friedensvertrag abzuschließen, der dem Militarismus und Revanchismus einen Riegel vorschiebt und die Voraussetzungen zu ihrer Bändigung schafft. Er ist also auf die Sicherung des Friedens und damit eindeutig auf die Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus gerichtet, der das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes jahrzehntelang mit Füßen getreten

und an die Stelle dieses Rechts seine eigene, brutale Willkürherrschaft gesetzt hat. Im Deutschlandplan des Volkes wurde dieser Inhalt des Selbstbestimmungsrechts ganz klar formuliert:

„Das deutsche Volk versteht jedoch unter Selbstbestimmungsrecht vor allem das demokratische Recht, die Vorbereitung eines Krieges und den Krieg selbst unter allen Umständen zu verhindern. Und um dieses elementare Selbstbestimmungsrecht unserer Nation müssen alle verantwortungsbewußten Deutschen, müssen die deutschen Arbeiter und ihre Organisationen in beiden deutschen Staaten gemeinsam kämpfen.“²

Träger des Selbstbestimmungsrechts muß also in Deutschland die revolutionäre Arbeiterklasse sein. Die gesamte deutsche Arbeiterklasse aber hat in der DDR ihre staatliche Basis. In der DDR hat sich die Arbeiterklasse zur politischen Macht konstituiert, und sie setzt ihren Staat, alle seine Mittel und Möglichkeiten im Kampf um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in ganz Deutschland gegen seine imperialistischen Zerstörer ein. Die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts führt deshalb über die Stärkung der Macht der Arbeiter und Bauern in der DDR auf allen Gebieten:

politisch durch die Stärkung der patriotischen Einheit unserer Bevölkerung, durch die Stärkung des Machtbewußtseins unserer Menschen, durch die Festigung der Einheit von Staatsmacht und Bevölkerung;

ökonomisch durch Erfüllung unseres Volkswirtschaftsplanes und die Abwehr jeglicher Störmaßnahmen der imperialistischen Machthaber in Westdeutschland;

ideologisch durch die sozialistische Erziehung unserer Menschen;

militärisch durch die Stärkung und den Einsatz unserer Schutz- und Sicherheitsorgane und die Hebung der Verteidigungsbereitschaft unserer Menschen.

Die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts ist daher harter Klassenkampf auf allen Gebieten.

Wer den Abschluß des Friedensvertrages, den Kampf um die Planerfüllung und die Störfreimachung unserer Wirtschaft und die Wahlen isoliert voneinander betrachtet, der begreift nicht den neuen Charakter unserer Wahlen. Hier geht es nicht um voneinander losgelöste Aufgaben, sondern um die dialektische Weiterentwicklung unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Es geht in unseren Wahlen darum, die beiden Grundanliegen, die der Wahlaufruf kennzeichnet, d. h. den Abschluß des Friedensvertrages und die Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik, ein wesentliches Stück voranzubringen. Deshalb sind auch die am 13. August 1961 beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung und zum Schutze unserer Republik ein Teil des Wahlkampfes. Sie haben uns dem Abschluß des Friedensvertrages und der Lösung des Westberlinproblems näher gebracht. Sie haben den Bonner und Westberliner Ultras einen empfindlichen Schlag versetzt. Sie haben den Frieden in Deutschland und Europa gerettet, der durch militärische Provokationen der westdeutschen Ultras im Frühherbst dieses Jahres gestört werden

¹ Aus dem Wahlaufwurf der Nationalen Front des demokratischen-Deutschland; ND (Ausg. B) vcbm 23. Juli 1961, S. 3.

² Der Deutschlandplan des Volkes — Weg zur Rettung der deutschen Nation, Berlin 19.60, S. 7.